



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 12.07.2007

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 21:10 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

ohne TOP 9

Herr Erster Bürgermeister Wersch

TOP 9

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Braig

Herr Stadtrat Brenner

Frau Stadträtin Brunner

Frau Stadträtin Buttschardt

Herr Stadtrat Dr. Compter

ab TOP 5

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Dullenkopf

Herr Stadtrat Etzinger

Frau Stadträtin Förg

Herr Stadtrat Funk

Herr Stadtrat Garlin

Herr Stadtrat Gehring

Frau Stadträtin Goeth

Herr Stadtrat Hagel

ohne TOP 9

Frau Stadträtin Handtmann

Herr Stadtrat Herzhauser

Frau Stadträtin Kapfer

bis TOP 13

Herr Stadtrat Keil

Herr Stadtrat Kolesch

ab TOP 5

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Späh

Frau Stadträtin Vollmer

Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Kulturdezernent Dr. Biege	ab TOP 5
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	ab TOP 5
Herr Geiger, Rechnungsprüfungsamt	bis TOP 2
Herr Keinath, Liegenschaftsamt	bis TOP 3
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Kuhlmann, Stadtplanungsamt	TOP 3 - 12
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg	
Herr Bürgermeister Ogertschnig	
Herr Rechmann, Tiefbauamt	bis TOP 10
Herr Reiser, Hochbauamt	TOP 4 und 5
Herr Rückert, Bauverwaltungsamt	ab TOP 4
Herr Simon, Hauptamt	ab TOP 3
Herr Stark, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	bis TOP 6
Herr Stiehle, Tiefbauamt	bis TOP 10
Frau Stotz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	bis TOP 5
Herr Erster Bürgermeister Wersch	Vorsitz bei TOP 9

entschuldigt:

Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Rieger
Herr Stadtrat Wiest

Gast:

Herr Bürker, Jugendparlament	bis TOP 3
------------------------------	-----------

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Vorstellung einzelner Elemente der Werbekampagne zur JuPa-Wahl	
3.	Änderung der Geschäftsordnung des Jugendparlaments	116/2007
4.	"Älterwerden in Biberach" Altersleitbild der Stadt Biberach a. d. Riß	128/2007
5.	Kindergartenbedarfsplanung und Kindergartenbericht 2006/2007	107/2007 + 107/2007-1
6.	Gaisental-Grundschule Ausbau zur Ganztageschule Raumprogramm und Antrag auf Schulbauförderungsmittel des Landes	124/2007 + 124/2007-1
7.	Erneute Bürgerfragestunde	
8.	Änderung des Bebauungsplanes "Hagenbuch" - Bericht über das Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB	119/2007
9.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Waldseerstraße/Mühlweg/Wiesenstraße" a) Bericht von der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange b) Billigung des Regelwerkentwurfes	45/2007 + 120/2007
10.	Ausbau/Umgestaltung der Saulgauer Straße - L 283 innerhalb der OD Biberach mit einseitigem Zweirichtungsradweg, Gehwegen sowie teilweisem Park- und Baumstreifen	127/2007
11.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Taubenplätzle" Erneute Billigung des Bebauungsplanentwurfes und des Entwurfes örtlicher Bauvorschriften	117/2007
12.	Geplantes Wohngebiet "Talfeld" - Projektbeirat und Architekturmesse '07	122/2007 + 122/2007-1
13.	Grundsatzentscheidung zum Aufbau einer wirtschaftlichen Gebäudereinigung mit eigenem Personal Änderung Stellenplan für das Wieland-Gymnasium im Vorgriff auf Stellenplan 2008	115/2007
14.	Annahme von Spenden für das 1. und 2. Quartal	126/2007 + 126/2007-1
15.1.	Bekanntgaben: Umweltförderprogramm	
15.2.	Bekanntgaben: Termine	
16.1.	Verschiedenes: Wieland und Jugend	
16.2.	Verschiedenes: Bauvorhaben Pfluggasse	
16.3.	Verschiedenes: Ampelschaltungen Memminger Straße und Ulmer Straße	
16.4.	Verschiedenes: Gaststätte in der Pflugmälze	
16.5.	Verschiedenes: Waldorf	

Die Mitglieder wurden am 28.06.07 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 06.07.07 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 **Bürgerfragestunde**

Bürgerfragestunde

Herr Kölling findet es schlecht, dass die Bürgerfragestunde am Anfang der Sitzung steht, da man dann keine Fragen zum Sitzungsverlauf stellen könne.

OB Fettback hält entgegen, die Platzierung zu Beginn der Sitzung sei richtig, da sich dann die Bürger zeitlich einstellen könnten. Würde sie am Ende aufgenommen, wäre die Terminierung immer ungewiss. Man könne als Bürger auch zu später vorgesehenen Punkten der Tagesordnung Fragen stellen.

Neubau Pflegeheim

Herr Hagen Vollmer spricht den geplanten Neubau des Pflegeheims an, bei dem unterschiedliche Standards vorgesehen seien. Es sei unter Umständen ein Privatinvestor vorgesehen. Er fragt, ob weiterhin die Entscheidungsfreiheit der Bürger gegeben wäre oder ob die Abwicklung dann nur noch über ein Privatunternehmen erfolgte. Ferner bittet er mitzuteilen, was aus dem „Roten Bau“ werde.

EBM Wersch stellt klar, im Neubau werde man zwar eine andere Umgebung vorfinden als im Bestand, man werde aber in beiden Objekten die gleiche Pflegequalität bieten. Es sei eine Ausschreibung für Generalunternehmer und im Rahmen von Private Public Partnership (PPP) geplant. Die Entscheidung, wer den Zuschlag erhalte, obliege dann dem Gemeinderat. Man richte sich an Qualität und Wirtschaftlichkeit aus. Bei PPP handle es sich in der Regel um Miet-/Leasing-Modelle. Ob diese überzeugend seien, müsse sich zeigen.

Der „Rote Bau“ sei Teil der Vermögensverwaltung des Hospitals. Die Nutzungsüberlegungen für dieses Gebäude dauerten schon lange an und er wolle immer noch versuchen, in seiner ersten Amtsperiode eine Lösung zu erreichen.

Herr Maier fragt zu diesem Thema, ob es möglich wäre, Stadt und Kreis in die Finanzierung einzubeziehen.

Verschiedenes

Dann hat Herr Maier noch weitere Fragen. Er fragt, ob im Zuge des Ausbaus von westlichem Marktplatz und Holzmarkt auch eine öffentliche WC-Anlage, eventuell auch in Containerform, vorgesehen werden könnte. Entsprechender Bedarf sei gegeben. Weiterhin interessiert ihn, ob die Stadt den ab 2013 vorgesehenen Anspruch auf Krippenplätze bedienen könne. Ferner regt er die Einrichtung eines Sport-/Bewegungsplatzes für Senioren an.

Abschließend spricht er den Kreuzungsbereich Astiallee/Valenceallee/Schlierenbachstraße an und fragt, ob ein Kreisverkehr möglich wäre. Dann meint er noch, es sei bedauerlich, dass der Kostenrahmen für den Kreisel in der Memminger Straße gesprengt wurde.

EBM Wersch lässt zur Finanzierung des Pflegeheims wissen, man habe entschieden, keine Fördermittel in Anspruch zu nehmen. Dies gelte auch für die Stadt, da dies nicht erforderlich sei. Anders sehe es mit dem „Roten Bau“ aus. Hier sei man derzeit noch in der Prüfung nach Lösungen ohne Fremdhilfe.

Die Einrichtung eines Sport- und Bewegungsplatzes halte er grundsätzlich für denkbar. Man könne im Rahmen der Sportstättenentwicklung auch über Seniorenangebote nachdenken.

OB Fettback lässt wissen, es sei kein öffentliches WC vorgesehen. Die Aktion „Nette Toilette“ laufe gut, in der Tiefgarage Stadthalle habe es Toiletten und man sei diesem berechtigten Anliegen insgesamt gut nachgekommen.

Zum vorgeschlagenen Kreisel am Mittelberg lässt BM Ogertschnig wissen, dies werde hausintern geprüft. Die Situation sei schwierig. Sicher werde man hierüber auch einmal im Bauausschuss diskutieren.

TOP 2 Vorstellung einzelner Elemente der Werbekampagne zur JuPa-Wahl

OB Fettback lässt wissen, die AG Jugendräume/-plätze habe eine erste Bewertung vorgenommen und nach der Sommerpause werde man nichtöffentlich im Gemeinderat das Thema diskutieren. Dann sei eine öffentliche Anhörung geplant. Es wäre besser, man wäre schon weiter, damit das Jugendparlament (JuPa) mit dieser Aktion Werbung machen könnte, denn das JuPa habe Probleme, Kandidaten zu gewinnen. Dies sei auch Grund für manch vorgesehene Änderung der Geschäftsordnung, die im nächsten Punkt behandelt werde. Es sei schwer, junge Menschen zu begeistern, wobei das JuPa durchaus präsent sei. Dies habe er erst kürzlich beim Besuch von zwei Fünften Klassen im Rathaus festgestellt. Dabei seien viele Fragen zum JuPa gestellt worden.

Er äußert an alle die Bitte, das JuPa zu unterstützen.

Anschließend stellt Herr Bürker die Elemente der JuPa-Werbekampagne vor, die aus Bonbons, einem Werbeflyer und Großplakaten bestehe, die Ende Juli aufgehängt würden. Es habe ein Interview mit Radio 7 und der Schwäbischen Zeitung stattgefunden und es gebe eine neue Website. Die Wahlparty sei wegen anderen Veranstaltungen nicht so gut angenommen worden. Dann zeigt er den JuPa-Werbefilm, nach dem applaudiert wird.

OB Fettback findet es „klasse“ und enorm, was junge Menschen leisteten. Dies sei schon fast professionell.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 116/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 02.07.07.

OB Fettback bezeichnet als Kernpunkt der Änderung das ursprünglich vom JuPa vorgesehene Notparlament, sollten die erforderlichen 15 Bewerber nicht erreicht werden. Dieser Vorschlag werde von der Verwaltung und dem Hauptausschuss als falscher Weg angesehen, da nicht positiv für die Attraktivität des JuPas. Daher habe man eine Alternative vorgeschlagen.

StR Dullenkopf bezeichnet die vorgesehene Etat-Änderung als nachvollziehbar. Ferner teile man die Auffassung der Verwaltung, dass kein Notparlament eingerichtet werden solle, sondern ein Wahlausschuss, sollten die erforderlichen 15 Bewerber nicht erreicht werden. Man sei sicher, das amtierende JuPa sei in der Lage, 15 Kandidaten zu finden, wenn der Film nur oft genug vorgeführt werde.

StRin Kübler möchte die Gelegenheit nutzen, dem JuPa zur tollen Werbekampagne zu gratulieren und viel Erfolg zu wünschen, damit die Bemühungen auf fruchtbaren Boden fielen. Die Kommunalwahl 2009 stehe an und man überlege, auch hierfür professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Wichtig wäre auch ein Engagement der Schulen, das sich nicht im Aufhängen von Plakaten oder einem kurzen Hinweis auf das JuPa kurz vor der Wahl erschöpfen dürfe. Vielmehr sei eine Einbindung in die Fachverbände erforderlich. Eine Geschäftsordnung sei erforderlich, solle die Arbeit aber nicht erschweren, weshalb man den vorgeschlagenen Änderungen zustimme. Man könne einiges Kreatives ausprobieren, was der Einhaltung formaler Strukturen vorzuziehen sei. Man hoffe, dass immer ausreichend Kandidaten gefunden würden und der Wahlausschuss nie benötigt werde.

StRin Vollmer bezeichnet die Vorlage als gut und den Vorschlag als richtige Lösung und signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler. Sie dankt ausdrücklich Herrn Bürker für die Vorstellung der Wahlkampagne. Man wolle ein richtig funktionierendes JuPa und wisse um die Probleme, Kandidaten zu finden. Sie beglückwünscht zur Kampagne und äußert die Hoffnung, dass ausreichend Kandidaten gefunden würden.

StR Gehring findet es faszinierend, dass dem JuPa eine professionelle Werbekampagne gelungen sei, die hoffentlich nützen werde. Die Änderung der Geschäftsordnung ermögliche noch mehr Mitmachen und die Grünen stimmten zu.

StR Funk schließt sich dem geäußerten Dank an und meint, der Auftritt von Herrn Bürker sei für sein jugendliches Alter sehr souverän gewesen.

StR Späh spricht das geplante Planspiel Kommunalpolitik an und erkundigt sich nach der Einbindung des JuPas.

OB Fettback gibt zu verstehen, diese Kampagne habe mit dem JuPa direkt nichts zu tun. Vor zwei Jahren sei schon einmal dieses Angebot gemacht worden, was aber nicht auf Resonanz bei den Schulen gestoßen sei. Jetzt hätten sich die Gymnasien beworben. Eine Einbindung des JuPas sei

jedoch durchaus gewollt. Für das JuPa und die Wahlkampagne wäre es besser gewesen, dieses Projekt fände ein halbes Jahr früher statt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Neufassung der Geschäftsordnung des Jugendparlaments (Anlage 1 von Drucksache Nr. 116/2007) wird beschlossen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 128/2007 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback führt aus, man habe sich um alle Altersgruppen bemüht. Es bestehe Handlungsbedarf für vernünftige Zukunftsperspektiven, was in der Gesellschaftspolitik noch nicht so präsent sei. Daher gebühre der Arbeitsgemeinschaft und dem Gemeinderat für den Mut Dank. Am Leitbild hätten viele mitgearbeitet und es sei etwas Gutes gelungen. Ältere Menschen seien nicht per se defizitorientiert zu betrachten.

EBM Wersch macht noch auf eine redaktionelle Änderung in der Präambel aufmerksam, wo es in der dritten Zeile „ein Nachdenken“ heißen müsse.

StR Dullenkopf schließt sich für die CDU-Fraktion dem Dank an alle Mitwirkenden an. Man wolle keine Wortklauberei betreiben, zumal Altersleitbilder europaweit entsprechend ausformuliert seien, was nicht bedeute, dass dieses Altersleitbild nicht auf Biberach zugeschnitten sei. Besonders gute Altersleitbilder existierten in der Schweiz. Man stehe am Anfang und nun gelte es, das Leitbild durch Maßnahmen mit Leben zu füllen. Hierzu seien praktische, umsetzbare Vorschläge erforderlich. Er kündigt die aktive Unterstützung der CDU-Fraktion an, damit es nicht bei Absichtserklärungen bleibe. Das Leitbild enthalte einige gute Ansätze, deren Standard es zu halten bzw. weiterzuentwickeln gelte und neue Aspekte, die man voranbringen wolle. Die CDU-Fraktion stimme zu.

StRin Kapfer dankt namens der SPD-Fraktion der Arbeitsgemeinschaft und der Verwaltung für die wichtige und gelungene Ausarbeitung. Das Leitbild bringe besonders zum Ausdruck, dass man sich gemeindepolitisch auf einem guten Weg befinde. Das Leitbild spiegle die politische Reaktion auf gesellschaftliche Änderungen und manifestiere die Wertschätzung Älterer. Sie freue sich auf die Ausgestaltung des Leitbilds.

StRin Goeth bezeichnet es als Aufgabe einer Kommune, für alle Bevölkerungsgruppen einen angemessenen Lebensraum zu schaffen. Die verschiedenen Institutionen hätten hierzu Angebote entwickelt, ohne sie zusammenzufassen oder den Bedarf zu erheben. Hier setze auch das Leitbild an, das Ziele definiere. Ältere Menschen hätten jahrzehntelange Berufs- und Lebenserfahrung, was ein wichtiges Kapital darstelle, das man nutzen sollte. Das Leitbild gebe eine Richtung für die weitere Entwicklung vor. Es gelte, eine Ist-Analyse durchzuführen, die Schwachstellen zu ermitteln und dann Maßnahmen zu entwickeln. Dabei müsse nicht alles die Kommune realisieren, sondern es seien alle Organisationen gefragt. Die Arbeitsgemeinschaft habe eine erste Kurzfassung an die Verwaltung vorgelegt. Je kürzer ein Leitbild aber sei, desto unspezifischer werde es. Vor der Umsetzung konkreter Maßnahmen sei daher eine Detailaufschlüsselung erforderlich. Sie fände es sinnvoll, analog dem Leitbild der Stadt für die Öffentlichkeit eine Kurzform zu erstellen. Abschließend signalisiert sie die Zustimmung der Freien Wähler.

StR Späh dankt der Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung des sehr guten Leitbildes. Die fünf Grundprinzipien seien anschaulich und aussagekräftig. Er geht auf einzelne Positionen und ihre Bedeutung ein und stellt fest, es bestehe ein breites Informationsangebot zur Mitwirkung.

Auch StR Funk dankt namens der FDP und gibt zu verstehen, man stehe hinter dem Leitbild, die praktizierte Politik sei jedoch wichtiger. Daher hoffe man auf schnellere Ergebnisse, beispielsweise was den Winterdienst und Verbesserungen beim Bahnhof betreffe. Die Seniorenarbeit sei bei Frau Fluhr und dem Hospital in sehr guten Händen, was jedoch nur so lange gelte, wie der Hospital unabhängig operiere.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Altersleitbild der Stadt Biberach a. d. Riss „Älterwerden in Biberach“ (Anlage von Drucksache Nr. 128/2007) wird zugestimmt.

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlagen 1 und 2** beigelegten Drucksachen Nrn. 107/2007 und 107/2007-1 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Gemeinderat am 25.06.07.

OB Fettback führt aus, es gehe um viel, nämlich um die bedarfsgerechte Bildung und Betreuung junger Menschen. Die Lenkungsgruppe sei hervorragend, er sei jedoch nicht in ihr Mitglied. Er trage deren Empfehlungen mit, auch wenn er manches anders gemacht hätte. Als Beispiel nennt er die Frage der Kosten und gibt zu verstehen, er habe große Sympathie für die Anträge der SPD- und Grünen-Fraktion. Diese sind dieser Niederschrift als **Anlagen 3 bis 5** beigelegt. Im Rahmen des Jugendhilfeplans sei im Kreistag vom „Verlust der ländlichen Ländlichkeit“ die Rede gewesen. Diese sei auch in Biberach feststellbar und man habe in bestimmten Jugendbereichen Nachholbedarf. Problematisch sei, wie man diejenigen erreiche, die Angebote nötig hätten. Ein Großteil der Familien funktioniere, aber für die anderen wäre es wichtig, Kindertageseinrichtungen kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Dies sei aber eine gesamtgesellschaftliche und –politische Herausforderung, wobei der Bund, die Länder und die Gemeinden gemeinsam nach vernünftigen finanzierbaren Lösungen suchen müssten. In seiner Funktion als Städtetagsmitglied sei er gebeten worden, Biberach solle aufgrund der guten finanziellen Situation nicht vordreschen, um nicht die Verhandlungssituation gegenüber Bund und Ländern zu verschlechtern.

EBM Wersch führt aus, Biberach habe sich bereits 2005 für ein Sprachförderkonzept entschieden. Weiteres Thema sei nun die Vernetzung zwischen Grundschulen und Kindergärten, wobei die Rede von sogenannten Bildungshäusern sei. Man schlage vor, zweigleisig vorzugehen. Die Mittelberg-Grundschule habe sich mit den vier angeschlossenen Kindergärten um die Aufnahme in das Programm beworben. Er nennt weiter vorgeschlagene Änderungen wie die Erhöhung des Personalschlüssels, die Öffnung für Kinder unter drei Jahren und das Angebot von Ganztageskindergärten in allen vier Quartieren, wobei sukzessive ein Ausbau erfolgen solle. Ziel sei es, qualitativ und quantitativ bedarfsorientierte Angebote zu machen. Man habe moderate Kindergartengebühren, die Zuschläge für verlängerte Öffnungszeiten entfielen und die Zuschläge für die Aufnahme unter Dreijähriger sei angemessen. Ferner solle die Härtefallregelung nach oben angepasst werden. Dies seien alles Zeichen für Investitionen in die Kindergärten und deren Qualität.

StR Abele bezeichnet die Vorlage, die die Kindergartenarbeit neu ausrichte, als wichtig. Man könne stolz sein. Er dankt den Verantwortlichen und der AG Kindergarten für das Geleistete. Die Erhöhung des Personalschlüssels und andere Maßnahmen stellten eine sinnvolle Ergänzung zum vorhandenen Angebot dar, das schon jetzt sehr vielfältig sei. Auch die Gebühren seien im Vergleich zu anderen Bundesländern und Kommunen als attraktiv zu bezeichnen. Die Veränderungen in der Ergänzungsvorlage begrüße man, da sie den Eltern Sicherheit gäben bzw. sozial gerecht seien. Über die Härtefallregelung hinaus bestünden weitere Förderungsmöglichkeiten durch das Kreisjugendamt und das Sozialamt. Die Anträge auf Änderung der Gebühren werde die CDU-Fraktion ablehnen. Dies stelle keinen Widerspruch zur CDU-Politik generell dar. Es sei nicht sozial gerecht, Familien mit zwei oder drei Kindern gebührenfrei zu stellen, da nicht automatisch eine Bedürftigkeit unterstellt werden dürfe und Familien mit einem Kind aus dem Fokus gerieten. Eine Gebührenstaffelung sei bereits gegeben. Wenn man etwas verändern wolle, müsse man eine völlige Gebührenfreiheit einführen, was jedoch nicht im Alleingang der Stadt Biberach geschehen könne, sondern gesellschaftspolitische Aufgabe sei. Man ermutige die Verwaltung, sich hierfür

bei der Landesregierung einzusetzen und werde dies auch von Seiten der CDU-Fraktion unterstützen. Ein Aufrechnen oder Vergleichen mit Leistungen wie Parkangeboten sei nicht sachgerecht, da eine gute Kommune sich allen Sparten annehmen müsse. Ansonsten müsse man alles auf den Prüfstand stellen, was nicht gewollt sei. Man nehme rund 2,8 Mio. € für den Betrieb der Kindergärten in die Hand, was ein erklecklicher Betrag und eine sinnvolle Investition sei. Die Gebühren lägen überdies 15% unter der Empfehlung der Richtwerte, man sei also durchaus aktiv. Die Kindertagesstätte habe eine hohe Belegungszahl, weshalb man Ausweitungsüberlegungen unterstütze und gespannt auf die Vorschläge sei. Eine Angleichung der Öffnungszeiten sei notwendig gewesen. Die Belegung und den Bedarf der einzelnen Kindergärten nehme man zur Kenntnis. Sicher seien Veränderungen im Zuge der Umsetzung der anstehenden Beschlüsse zu erwarten und es sei wichtig, hierauf flexibel zu reagieren. Man gehe von regelmäßigen Informationen über die Entwicklung aus. Zu den Kindergärten Rißegg Steige/Rindenmoos sei ein Bericht erst 2008 erforderlich, da sie so lange Bestandsgarantie hätten. Dann müsse aber eine Diskussion erfolgen, um den Eltern Planungssicherheit zu geben. Zum Waldorf-Kindergarten kündigt er einen Antrag an.

StRin Kübler stellt erfreut fest, dass man auf familienpolitische Erfordernisse reagiere und die Tendenz zu einer familienfreundlichen Stadt erkennbar sei. Dies sei für die SPD-Fraktion Bestätigung, die richtigen Ziele gefordert zu haben und Vordenker gewesen zu sein. Es sei auch die große geleistete Arbeit der AG Kindergarten erkennbar, zum Beispiel in der Erhöhung des Personalschlüssels. Bildung beginne bereits im Kindergarten, weshalb eine qualitativ und personell gute Ausstattung sowie ein barriere- und gebührenfreier Zugang erforderlich seien. Angesichts dieser Erfordernisse sei es fraglich, ob die Ausbildung und die Bezahlung der Erzieherinnen noch den Anforderungen entspreche. Eine weitere Befristung des Kindergartens Schwester-Ulrika-Nisch entspreche keiner vorausschauenden Planung, da sich der Bedarf seit Jahren manifestiert habe. Anders stelle sich die Situation in den Gebieten Talfeld und Sandberg dar, wo es abzuwarten und zum richtigen Zeitpunkt bedarfsgerechte Angebote zu schaffen gelte. Kinder ab zwei Jahren in allen Einrichtungen aufzunehmen sei überfällig. Das Angebot der Ganztagsbetreuung bezeichnet sie als revolutionär, auch wenn man erst mit zwei Kindergärten beginne. Eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung müsse zügig erfolgen. Innovativ sei es, Überlegungen für ein Hortangebot an der Gaisental-Grundschule anzustellen. Die Ablehnung eines Ganztagsangebots in den Ortsteilen verwundere dagegen, wobei keine Anträge aus den Ortschaften gekommen seien, weshalb wohl kein Bedarf bestehe. Man folge auch den Ausführungen der Verwaltung zur Kindergartensituation in Rißegg. Zu den Gebühren führt sie aus, steigende Einkommensgrenzen für die Härtefallregelung seien ein gutes Signal und es sei wichtig, immer wieder auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die SPD **beantrage** Gebührenbefreiung für Familien mit zwei und mehr Kindern für den Kindergarten. Die Kindertagesstätte und die zusätzlichen Angebote seien hiervon nicht betroffen. Nach Aussage der Verwaltung würde dies Mehrkosten von 650.000 € bedeuten. Die SPD-Fraktion wäre aber auch für eine Gebührenfreiheit für alle Familien. Auf diese seien in den letzten Jahren immer weitere Gebühren zugekommen, Ermäßigungen habe es nicht gegeben. Die von der CDU-Fraktion behauptete Benachteiligung von Familien mit einem Kind könne man so nicht stehen lassen. Auch das Kindergeld sei nicht von Anfang an für das erste Kind bezahlt worden und es bedürfe immer eines ersten Schrittes. Durch die vorgesehenen Gebührenerhöhungen werde der Zugang zu diesen Angeboten, die qualitativ gut seien, vielen Eltern erschwert. Dabei müsse man bedenken, dass die Kostendeckung der Elternbeiträge nur 12% betrage und fast zu vernachlässigen sei. Man könne sich nicht vorstellen, dass dadurch eine Verbesserung des Deckungsbeitrags angestrebt werde. Die Landesregierung habe den Slogan „Kinderland Baden-Württemberg“ ausgegeben und diesem müssten nun Taten folgen. Die Zeit sei reif für eine Kinderstadt Biberach, da die finanzielle Ausstattung noch nie so gut gewesen sei. Man habe die

höchsten Grundsteuer- und Mietpreise im Kreis, weshalb es zum Ausgleich richtig wäre, familienfreundliche Gebühren in der Kinderbetreuung anzubieten. Dies wäre ein Beitrag für Vereinbarkeit von Familie und Beruf und somit auch zum Wirtschaftsstandort Biberach. Der Wettbewerb der Kommunen bestehe und man müsse ihm etwas entgegensetzen. Der SPD-Antrag hebe die Bedeutung der Familien hervor und stelle eine wirtschaftliche Investition dar, die zurückfließe. Sollte der Antrag keine Zustimmung erhalten, beantrage man alternativ auf den 100%-Zuschlag zu verzichten und die Elternbeiträge für unbestimmte Zeit auf dem aktuellen Stand einzufrieren.

StRin Vollmer schließt sich den Ausführungen von EBM Wersch an. Es handle sich um eine wichtige Vorlage und die Verwaltung habe sich mit ihr viel Mühe gemacht. Der Bericht sei verständlich. Die Arbeit der Lenkungsgruppe bezeichne sie als positiv. Für Kinder könne man nicht genug unternehmen und die Qualität der Kindergärten sei von großer Bedeutung. Die Freien Wähler seien gegen die Anträge der SPD-Fraktion und Grünen-Fraktion, da die Kindergartenbeiträge nicht zu hoch seien. Sollte einmal eine Kindergartenpflicht eingeführt werden, könnte man die Situation unter Umständen anders beurteilen.

StR Späh dankt für die Vorlage und die gut funktionierende Zusammenarbeit mit der AG Kindergarten. Die Erhöhung des Personalschlüssels bezeichne er als wichtigen Qualitätssprung. Bei den pädagogischen Angeboten müsse man durchleuchten, ob eine weitere Verbesserung erreicht werden könne, was in der AG behandelt werden sollte. Bei Krippen existierten verschiedene Anbieter, auch private. Unter Umständen werde das städtische bzw. hospitälische Angebot irgendwann subsidiär. Dem Wunsch nach einem Hort werde Rechnung getragen. Das Angebot von Ganztageskindergärten komme offensichtlich zu kurzfristig und man müsse beobachten, ob das vorgesehene Angebot ausreichend sei. Eventuell stelle sich die gleiche Problematik in den Ortsteilen. Der Rückgang der Kinderzahlen sei bedenklich und müsse genau beobachtet werden. Engpässe bestünden nur wenige. Man stehe zu den politischen Aussagen bezüglich des Kindergartens in Rindenmoos und in Rißegg Steige. Nach Ablauf der Bestandsgarantie müsse eventuell politisch neu entschieden werden. Er spricht den Waldorf-Kindergarten an und verweist auf einen Schriftwechsel, der seit Februar stattfinde, aber nie in der AG Kindergarten behandelt worden sei. Zur Sprachförderung sei ein Bericht angekündigt, auf dessen Ergebnis man gespannt sei.

Dann geht er auf die Gebühren ein und bezeichne es als positiv, dass keine Zuschläge mehr für verlängerte Öffnungszeiten verlangt werden sollten. Positiv sei auch die Erhöhung der Bemessungsgrundlage für Härtefälle. Die Grünen **beantragten** jedoch, die Ermäßigung von 25% auf 50% zu erhöhen. Sympathie habe man für den SPD-Antrag. Die Argumente der CDU-Fraktion gegen die Gebührenbefreiung seien nicht schlüssig. Man leiste sich vieles als Stadt und einer autonomen Gemeinde stünde es gut zu Gesicht, einen derartigen Antrag zu stellen. Stimme man dem SPD-Antrag nicht zu, sollte wenigstens dem Antrag der Grünen zugestimmt werden, was nur einen Verlust von 155.000 € bedeuten würde. Man könne sich dies leisten und dürfe sich nicht hinter anderen verstecken. Dies stelle auch eine Werbung für Familien dar, was auch die IHK als wichtig bezeichne habe. Er **beantragt** getrennte Abstimmung über die Ziffern 7 und 8 des Beschlussantrags.

StR Braig stellt fest, Biberach habe ein hervorragendes Angebot an Betreuung in hoher Qualität, die jedoch noch verbessert werden könne in den pädagogischen Ausbildungen und in den Betreuungszeiten sowie in der Ausstattung mit Sachmitteln. Eine Frühförderung sei auch für unter Dreijährige erforderlich. Die Sprachförderung müsse intensiviert werden, da auch viele Deutsche Sprachprobleme hätten. Wichtig sei aber auch eine frühzeitige Vorschule, um Kinder vor Unterforderung zu schützen. Daher sei eine enge Vernetzung zwischen Grundschulen und Kindergär-

ten wichtig. Im Zusammenhang mit den Gebühren von Familienfreundlichkeit zu sprechen sei eine Worthülse. Der Ausgleich sozialer Belastungen erfolge in Deutschland in erster Linie über das Steuerrecht. Zudem sei dies einer der wenigen Bereiche mit gestaffelten Gebühren. Die Erhöhung der Einkommensgrenze für Härtefälle sei sachdienlich und müsse von Erzieherinnen und der Presse kommuniziert werden. Eine Gebührenfreiheit fände er nicht systemimmanent und dies stelle eine Aufgabe des Bundes und der Länder dar. Würde man Gebührenfreiheit im Alleingang einführen, hätte der Kreis keinen Grund mehr über die Jugendhilfe tätig zu werden. Bevorzuge man nur Familien mit zwei Kindern, fehle Geld, das für andere Zwecke in diesem Bereich sinnvoll verwendet werden könnte. Wolle man eine direkte familienpolitische Leistung, sollten Betreuungsgutscheine ausgegeben werden. Dies wäre besser als das Prinzip „Gießkanne“. Dies werde beispielsweise in Belgien praktiziert. Abschließend hält er fest, Beschlüsse mit derart großer finanzieller Auswirkung sollten nur im Rahmen des Haushaltsplans im Zusammenhang mit einer Gewerbesteuersenkung diskutiert werden.

EBM Wersch führt aus, die Krippenbedarfsplanung sei Aufgabe des Landkreises. Die Stadt habe im Krippenbereich noch nichts unternommen, sondern nur die freien Träger. Daher habe man auch keine Zahlungen geleistet.

OB Fettback bittet, nicht von Worthülsen zu sprechen, wenn andere Fraktionen eine Leistung als familienfreundlich bezeichneten. Abwarten sei im übrigen nicht Ankündigungspolitik. Biberach sei einzigartig in seiner finanziellen Ausstattung, man könne aber die Folgekosten auch nicht voll überschauen. Auch dürfe man die Solidarität mit anderen Städten in Baden-Württemberg nicht außer Acht lassen.

Anschließend tritt der Gemeinderat in die Abstimmung. Der **Antrag der SPD-Fraktion auf Gebührenbefreiung ab dem zweiten Kind** wird mit 7 Ja-Stimmen (StRe Buttschardt, Drews, Kapfer, Keil, Kübler, Lemli, Prof. Dr. Nuding), 4 Enthaltungen (StRe Brunner, Gehring, Späh, Weber) und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Der **Antrag der Grünen, eine Gebührenfreiheit ab dem dritten Kind einzuführen**, wird mit 10 Ja-Stimmen (StRe Brunner, Buttschardt, Drews, Gehring, Kapfer, Keil, Kübler, Prof. Dr. Nuding, Späh, Weber) und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Der **Alternativantrag der SPD-Fraktion bezüglich Ziffer 1** wird bei 1 Enthaltung (OB Fettback), 10 Ja-Stimmen und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Ziffer 2 des Alternativantrags wird mit denselben Mehrheitsverhältnissen **abgelehnt**.

Der **Antrag der Grünen, die Härtefallregelung auf 50% Ermäßigung zu erhöhen**, wird mit 9 Ja-Stimmen (StRe Brunner, Drews, Gehring, Kapfer, Keil, Kübler, Prof. Dr. Nuding, Späh, Weber), 3 Enthaltungen (OB Fettback, StRinnen Buttschardt, Goeth) und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Die Abstimmung über die Ziffern 1 bis 6 der Vorlage und der Ergänzungsvorlage erfolgt einstimmig.

Ziffer 7 wird bei 10 Nein-Stimmen (StRe Brunner, Buttschardt, Drews, Gehring, Kapfer, Keil, Kübler, Prof. Dr. Nuding, Späh, Weber) und restlichen Ja-Stimmen zugestimmt.

Ziffer 8 wird bei 4 Enthaltungen (StRe Brunner, Gehring, Späh, Weber), 2 Nein-Stimmen (StRe Drews, Prof. Dr. Nuding) und restlichen Ja-Stimmen zugestimmt.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat stimmt den Aussagen des Kindergartenberichts - wie in Anlage A zu Drucksache Nr. 107/2007 dargestellt - zu.**
- 2. Der Erhöhung des Personalschlüssels in den Regelgruppen von 1,50 Fachkräfte auf 1,80 Fachkräfte wird zugestimmt. Die für die städt. Einrichtungen erforderlichen Personalstellen werden im Umfang von 2,10 Stellen bewilligt.**
- 3a. Der Betrieb der 3. Gruppe im kath. Kindergarten Sr. Ulrika Nisch wird um 3 weitere Jahre, bis zum Ende des Kindergartenjahres 2009/10, verlängert.**
- 3b. Der Betrieb der 4. Gruppe im Kindergarten St. Wolfgang wird vorab um 1 weiteres Jahr, bis zum Ende des Kindergartenjahres 2009/10, verlängert.**
- 4. Der flächendeckenden Einführung von altersgemischten Gruppen (Aufnahme von Kindern ab 2 Jahren) wird zugestimmt.**
- 5. Der Entwicklungsplanung zum Ganztagesbetrieb und dem Beginn der Ganztagesangebote in den Kindergärten St. Wolfgang und St. Nikolaus ab dem neuen Kindergartenjahr 2007/08 wird zugestimmt.**
- 6. Der Verlängerung der Öffnungszeiten in der Kindertagesstätte wird im dargestellten Umfang zugestimmt. Die erforderlichen Personalstellen werden im Umfang von 0,41 Stellen im Stellenplan 2008 bewilligt.**
- 7. Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der städt. Kindertageseinrichtungen vom 09.12.2002 wird - wie in Anlage 2 dargestellt - beschlossen.**
- 8. Die Neuregelung der Härtefallregelung wird, wie in Ziff. V.1 zu Drucksache Nr. 107/2007 dargestellt, zugestimmt. Die Neuregelung ist zeitlich auf das Kindergartenjahr 2007/08 begrenzt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 124/2007 zur Beratung vor. Die Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 05.07.07. Die Beschlussempfehlung ist in Drucksache Nr. 124/2007-1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

BM Ogertschnig zeigt sich froh, dass der Bauausschuss dem Verfahren mit Änderungen zugestimmt habe.

StR Dullenkopf bemerkt, man befinde sich noch in einer frühen Planungsphase und könne noch nicht von einer Realisierung sprechen. Für den Vorentwurfsvorschlag sei ein recht geringes Honorar vorgesehen. Er stellt positiv fest, dass ein sehr pragmatischer Ansatz gewählt werde. Dies sei zu befürworten, da es sich um ein größeres Projekt handle. Es sei einzuplanen, dass Schulsozialarbeit möglich sei, auch wenn man noch keine Zustimmung hierzu gebe. Die Aufnahme weiterer Architekten sei wichtig gewesen, ebenso wie der Antrag, eine Sondersitzung abzuhalten, um das Projekt in einer frühen Phase begleiten zu können. Der Einrichtung eines Hortangebots stimme man zu, da die Verbindung zwischen Grundschule und Hort eine gelungene Idee sei.

StRin Drews bezeichnet den Beginn eines Ganztagsangebots auf freiwilliger Basis über zwei Monate mit zwei Tagen als wichtigen ersten Schritt, der von der SPD-Fraktion unterstützt werde. Wichtig sei es, pädagogischen und sozialen Aufgabenstellungen Rechnung zu tragen. Hierzu sei geschultes Personal erforderlich. Da die Zusage des Landes nur für ein Jahr gelte, sei das Land gefordert, schnell ausreichend Fachpersonal zur Verfügung zu stellen. Schon jetzt habe man viele Freiwillige gewonnen und die Vereine unterstützten die Ganztagsangebote. Ein Hort sei als Ergänzung sinnvoll. Sie hält eine zügige Umsetzung für erforderlich, wobei beachtet werden müsse, dass Provisorien wirklich nur von kurzer Dauer seien. Das Raumprogramm müsse adäquat gestaltet werden. Es sei daher mehr Spielraum für personelle und technische Erweiterungen erforderlich. Ein ausreichend großer Besprechungsraum müsse sofort als Rückzugsmöglichkeit und Anlaufstelle berücksichtigt werden. Mit der Architektenauswahl sei man einverstanden. Man bitte um die Einrichtung eines runden Tisches, um die Angebotsvielfalt allen Nutzern zu ermöglichen.

StRin Vollmer meint, ein Ganztagsschulangebot wäre in diesem Stadtteil besonders wichtig. Sie bittet um Informationen zum Schulbauförderprogramm, das als Nachfolgeprogramm von IZBB ihres Wissens nur mit 33% bezuschusst werde. Sie zeigt sich enttäuscht über die großen Ansprüche der Schule.

StR Späh meint, wenn man einen Ganztagsbetrieb an dieser Schule für sinnvoll erachte, müsse man die räumlichen Voraussetzungen schaffen, da deren Fehlen Grund für die Ablehnung des Regierungspräsidiums sei. Daher stimme man dem Raumprogramm zu. Ein Hort sei sinnvoll und es sei auch sicher richtig, einen Raum für die Schulsozialarbeit zu berücksichtigen. Man hoffe auf einen schnellen Zuschussantrag.

StR Braig bezeichnet die Einbindung des Bauausschusses als wichtig. Das Architektenhonorar werde sicher nicht ganz auskömmlich sein.

EBM Wersch bezeichnet 33% als normalen Zuschusssatz. Mehr werde nicht zu erwarten sein.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Dem in Drucksache Nr. 124/2007 dargestellten Raumprogramm für den Ausbau der Gaisentalschule zur Ganztageschule wird zugestimmt.**
- 2. Dem in Drucksache Nr. 124/2007 dargestellten Gutachterverfahren der Auswahl der Architekten wird zugestimmt. In die Liste der ausgewählten Architekten wird außerdem noch Herr Architekt Weißbarth, Biberach, hinzugefügt und Frau Architektin Reck, Biberach, wenn es nicht zu einer zeitnahen Beauftragung bei der Dollinger-Realschule kommen sollte.**
- 3. Der Einrichtung eines Hortangebotes an der Gaisentalschule wird zugestimmt.**
- 4. Zu diesem Thema findet eine Sondersitzung des Bauausschusses am Freitag, 31. August 2007, 17:00 Uhr, statt.**

TOP 7 Erneute Bürgerfragestunde

Nachdem einzelnen anwesenden Bürgern offensichtlich nicht klar war, dass die Bürgerfragestunde bereits zu Beginn der Sitzung stattfindet und nicht wie eine zeitlang gehandhabt um 18 Uhr, ermöglicht OB Fettback diesen durch erneutes Aufrufen dieses Tagesordnungspunkts, Fragen zu stellen bzw. Anregungen vorzubringen.

Johannes Maier aus Hagenbuch spricht den Bebauungsplan Hagenbuch an. Er ersucht den Gemeinderat, die Entscheidung zu vertagen oder seine Argumente in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. In der Vorlage seien einzelne unwahre Vorbringen enthalten, insbesondere bezogen auf die drei südlichen Bauplätze. Die Obstbäume seien über 100 Jahre alt. Zum Teil ende ein Nutzwert eines Obstbaumes aber mit 50 Jahren. Ein Teil der Bäume bliebe überdies auch erhalten, wenn die Bauvorhaben realisiert würden. Es sei auch nicht richtig, dass die Erben bereits abgefunden worden seien. Es habe eine Schenkung und eine Hofübergabe stattgefunden und dafür sei ein Pflichtteilsverzicht erfolgt. Ihm sei unverständlich, wer die Unwahrheit genannt habe, dass die Vermarktung an einen Bauträger beabsichtigt sei. Vielmehr solle Eigenbedarf der Eigentümer befriedigt werden. Die zweigeschossige Bauweise sei eine Idee des Stadtplanungsamtes und nicht seiner Familie gewesen. Er spricht die Anliegergebühren an und meint, niemand müsste zusätzliche Gebühren bezahlen, sondern die vollen Kosten übernehme die Familie Maier, auf deren Eigentum die Erschließungsanlagen errichtet werden sollten. Die 100%-Klausel für die Ausweisung von Baugebieten sei in Hagenbuch noch nie angewandt worden. Vielmehr seien immer Entscheidungen nach Einzelinteressen getroffen worden.

OB Fettback erwidert, seines Wissens sei die Interessenlage unterschiedlich. Die Stadt wolle es recht machen, was wohl nicht möglich sei. Städtebauliche Aspekte müssten abgewogen werden und es bestehe kein Recht auf Erlass eines Bebauungsplans.

BM Ogertschnig fügt an, ein Bebauungsplan werde dann aufgestellt, wenn eine städtebauliche Notwendigkeit bestehe oder um städtebauliche Konflikte aufzulösen. Bei der Diskussion des Flächennutzungsplans habe man die Situation in Hagenbuch diskutiert und gemeinsam die Auffassung vertreten, dass keine ausreichenden städtebaulichen Gründe für die Aufstellung eines Bebauungsplans sprächen. Ziel sei, die Ortsrandgestaltung zur freien Landschaft mit Streuobstwiesen zu erhalten. Dieselbe Diskussion habe beim ersten Bauabschnitt stattgefunden. Die Ausweitung an der gedachten Stelle ergebe keine organische Ortsteilabrundung. Andere Anregungen, Fragen oder Stellungnahmen seien entscheidungsirrelevant. Ein Bebauungsplan sollte Konflikte lösen, angesichts der vorgebrachten Bedenken und Anregungen sei man aber zum Schluss gekommen, dass mehr Konflikte geschaffen würden.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 119/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 05.07.07.

StR Kolesch gibt zu verstehen, die CDU-Fraktion sei mit der Vorlage nicht glücklich. Im üblichen Verfahren gebe die Verwaltung eine Stellungnahme zu jedem einzelnen Vorbringen ab. Hier seien nur alle gemeinsam aufgeführt und man habe fast den Eindruck, man solle „erschlagen“ werden. Auch seien Behauptungen stehen gelassen worden, denen die Verwaltung hätte eigentlich widersprechen müssen. Ein Großteil der Eigentümer habe bisher Grundstücke erhalten. Die Familie Maier nicht, da sie keine großen Ansprüche geltend gemacht habe. Jetzt melde sie bescheidene Ansprüche an, weshalb man überlegen sollte, ob nicht doch eine Lösung möglich wäre. Die andere Konsequenz wäre, dass in Hagenbuch nie mehr etwas verändert werden dürfte, was auch nicht richtig wäre. Er plädiert, eine Lösung zu suchen, die den Anliegen insgesamt gerecht werde. Ob eine Vertagung hilfreich wäre, sei unklar. Er **beantragt**, die Verwaltung zu beauftragen, nach Möglichkeiten zu suchen, wie der Familie Maier mindestens zwei Bauplätze zugesagt werden könnten. Dann wäre eine gewisse Gleichstellung mit anderen Bewohnern erreicht. Die Streuobstwiesen seien in diesem Fall nicht so relevant.

OB Fettback hält entgegen, er sei nicht der Meinung, dass eine Vertagung die Einstellung aus städtebaulicher Sicht veränderte. Er verstehe den Antrag und dessen Ziel nicht. Der Erhalt der Streuobstwiesen sei natürlich endlich, es gehe aber um eine städtebauliche Bewertung.

BM Ogertschnig hebt auf den Flächennutzungsplan ab, der eine Beschränkung des Ortes vorsehe, da eine andere Behandlung zu Problemen geführt habe. Wenn die Aussagen zum Flächennutzungsplan nicht mehr gültig sein sollten, müsse man das Thema der Gesamtentwicklung Hagenbuchs erneut diskutieren und in den Flächennutzungsplan einbetten. Dann könnten auch weitere Wünsche befriedigt werden, was aber keiner städtebaulichen Entwicklung entspräche.

Herr Kuhlmann unterstreicht dies.

StR Keil meint, die bauliche Entwicklung in Hagenbuch habe bereits stattgefunden. Die vorgebrachten Anliegen seien legitim, aber nicht handhabbar. Man könne froh und stolz über den 100%-Beschluss sein. Für Hagenbuch sei eine gesamtorganische Entwicklung erforderlich und nicht die Umsetzung von Einzelbeschlüssen. Die Vorgehensweise der Verwaltung sei daher richtig. Der 100%-Beschluss sollte eingehalten und der Flächennutzungsplan fortgeschrieben werden. Eventuell sei es dann durch Flächentausch möglich, der Familie Maier zwei oder drei Bauplätze zu schaffen. Die SPD-Fraktion habe Sorge, dass sonst das friedliche Zusammenleben in der Stadt schwieriger werde. Wohnfrieden sei immer nur mit den Mitbürgern möglich. Er fragt, ob eine Zwischenlösung möglich wäre, bis der Grundsatzbeschluss zur Entwicklung Hagenbuchs im Rahmen des Flächennutzungsplans gefasst wurde.

StR Dr. Compter lässt wissen, die Freien Wähler hätten sich gegen eine Änderung des Bebauungsplans ausgesprochen. Die zentralen Themen seien mehrfach genannt worden. Die aktuellen Entwicklungsergebnisse der vorgezogenen Bürgerbeteiligung unterstrichen die Richtigkeit dieser

Haltung. Die von Herrn Maier vorgetragene Argumente seien aus seiner Sicht verständlich, aber nichts Neues. Es sei schade, dass der Dorffrieden gelitten habe. Es seien keine relevanten Argumente vorgebracht worden und insbesondere zur Wiederherstellung des nachbarschaftlichen Friedens bestehe kein Grund für die Aufstellung des Bebauungsplans oder die Vertagung der Entscheidung.

StR Weber lässt wissen, die Grünen hätten ursprünglich der Aufstellung des Bebauungsplans zugestimmt, wenn auch mit Bauchweh wegen der Streuobstwiesen. Sie sollten möglichst erhalten werden und dies gegebenenfalls durch einen Grundstückstausch erreicht werden. Eine Grundsatzentscheidung zu Hagenbuch im Rahmen des Flächennutzungsplans halte man für möglich. Jetzt stimme man dem Verwaltungsvorschlag zu, damit in Hagenbuch vorerst Ruhe einkehre.

StR Funk spricht sich gegen die Vorlage aus. Man sei in das Verfahren eingestiegen und müsse es auch zu Ende bringen und gegebenenfalls die kleinstmögliche Lösung vorschlagen. Dann liege es am Gemeinderat, ob er zustimme oder Veränderungen vornehme.

OB Fettback stellt klar, das Verfahren sei nie von der Verwaltung betrieben worden, sondern beruhe auf Mehrheitsbeschlüssen des Gemeinderats.

BM Ogertschnig stellt klar, ein Grundstückstausch stelle keine Alternative dar, da die Stadt dort keine Grundstücke besitze. Ein Grundstückstausch könnte also nur unter den dortigen Bewohnern erfolgen. Alternativ wäre die Zurückverweisung an den Bauausschuss und die Diskussion anhand des Flächennutzungsplans möglich. Dann müsste man das Spannungsfeld zwischen Wohnbebauung und landwirtschaftlicher Nutzung bewerten. Die Verwaltung sehe keine große städtebauliche Entwicklung in Hagenbuch.

StR Zügel meint, der vom Gemeinderat initiierte Änderungsbeschluss sei konfliktträchtig, was man aus Ortsbesichtigungen und vielen Bürgergesprächen erfahren habe. Es sei daher die politisch falsche Lösung. Hagenbuch benötige und verdiene eine konzeptionelle Neuorientierung. Dies erreiche man nicht durch politische bon mots. Daher sollte man möglichst den Status quo festschreiben.

StR Braig bemerkt, latent sei der Konflikt schon lange und durch das Verfahren sei er aufgebrochen. Wenn die Verwaltung zusage, dass zeitnah eine grundsätzliche Diskussion einer Gesamtlösung Hagenbuch diskutiert werde, sei dies in Ordnung.

StR Kolesch meint, man dürfe die Vergangenheit nicht vergessen. In Hagenbuch sei es immer anders gelaufen als in anderen Gebieten. Eine Grundsatzdiskussion sei nicht zielführend. Hagenbuch sei ein Weiler mit landwirtschaftlicher Prägung und man wolle dort keinen neuen Wohnbauschwerpunkt, halte aber Nachbesserungen für angebracht.

StRin Goeth beantragt Ende der Rednerliste. Dem **Antrag** wird bei 1 Enthaltung (StR Funk) **zugestimmt**. Es stehen noch die Stadträte Keil und Funk auf der Rednerliste.

StR Keil ist nicht bekannt, ob ein Flächentausch möglich wäre. Eine Entwicklung in Hagenbuch würde sich vor allem in bestehenden landwirtschaftlichen Quartieren abspielen. Jede künftige Entwicklung müsse gerechter sein, als dies nach Meinung der Bürger momentan der Fall sei.

StR Funk meint, die Wiedereröffnung der Bürgerfragestunde sei in Ordnung gewesen, da auch Anregungen möglich seien. Eventuell sollte man diesen Punkt immer zweimal auf die Tagesordnung aufnehmen, einmal zu Beginn und einmal am Ende der Tagesordnung.

Anschließend stimmt der Gemeinderat über den Antrag der CDU-Fraktion ab, der folgenden Wortlaut hat: „Die Verwaltung wird beauftragt, nach Möglichkeiten zu suchen, wie auf einem Grundstück der Familie Maier zwei Bauplätze ausgewiesen werden können“.

Der **Antrag der CDU-Fraktion** wird mit 14 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **angenommen**.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Möglichkeiten zu suchen, wie auf einem Grundstück der Familie Maier zwei Bauplätze ausgewiesen werden können

Anschließend wird die Sitzung von 19:40 Uhr bis 20 Uhr zur Vesperpause unterbrochen.

TOP 9 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften
"Waldseerstraße/Mühlweg/Wiesenstraße"
a) Bericht von der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
b) Billigung des Regelwerkentwurfes

45/2007 +
120/2007

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlagen 1 und 2** beigefügten Drucksachen Nrn. 45/2007 und 120/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussfassung erfolgte im Bauausschuss am 05.07.07.

BM Ogertschnig erläutert kurz den Sachverhalt und dankt für die politische Entscheidung, vor dem Gemeinderatsbeschluss eine Bürgerbeteiligung durchzuführen.

StRin Brunner kann keine Entkernung erkennen, aber wenn die Anwohner zufrieden seien, könne man dies akzeptieren. Sie kündigt die Enthaltung der Grünen an.

StR Funk wird dagegen stimmen, da ihn die Vorlage in zwei Punkten nicht überzeuge. Es gehe nicht um ein zusätzliches Gebäude wie in Hagenbuch, sondern um massive zusätzliche Bauflächen und eine Nachverdichtung. Man müsse für alle nach außen erkennbare Spielregeln aufstellen. Der ruhende Verkehr sei seines Erachtens nicht befriedigend gelöst.

BM Ogertschnig hält entgegen, in einer Tiefgarage würden mehr Plätze vorgesehen als notwendig seien. Insgesamt komme es also zu einer Entlastung.

Der Gemeinderat fasst mit 1 Nein-Stimme (StR Funk), 5 Enthaltungen (StRe Braig, Brunner, Gehring, Späh, Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der aus Bebauungsplan und örtlichen Bauvorschriften bestehende Regelwerkentwurf „Waldseer-Str./Mühlweg/Wiesenstraße“ wird zur öffentlichen Auslegung gebilligt. Maßgebend ist der Plan Nr. 883/42 vom 21.02.2007 Index A.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 127/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 05.07.07.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der teilweisen Vorfinanzierung der Maßnahme wird zugestimmt.**
- 2. Bei Hst. 2.6300.951174.2/100 wird die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 205.000,00 € und bei Hst. 2.6300.951314.1/300 wird von der dort ebenfalls nicht mehr benötigten VE in Höhe von 255.000,00 € ein Teilbetrag mit 235.000,00 EUR für die Bewirtschaftung gesperrt.**
- 3. Bei Hst. 2.6600.951104.0/100 - Radweg Saulgauer Straße - wird entsprechend eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 440.000,00 € überplanmäßig bereitgestellt.**
- 4. Dem Ausbau in Teilbauabschnitten in 2007 und 2008 mit zeitnaher Veröffentlichung der Maßnahme im Staatsanzeiger wird zugestimmt.**

**TOP 11 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Taubenplätzle"
Erneute Billigung des Bebauungsplanentwurfes und des Entwur-
fes örtlicher Bauvorschriften**

117/2007

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 117/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 05.07.07.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Entwurf der örtlichen Bauvorschriften und des Bebauungsplanes „Taubenplätzle“, Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 850/21 vom 22.11.2005 wird gebilligt und mit zugehöriger Begründung gem. §3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.**
- 2. Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 BauGB wird im Parallelverfahren zur Offenlage erneut durchgeführt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 122/2007 zur Beratung vor. Die Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 05.07.07. Die Beschlussempfehlung ist in Drucksache Nr. 122/2007-1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

OB Fettback gibt zu verstehen, er halte es nach wie vor für richtig, derartige Gremien ohne politische Vertreter zu besetzen, der Bauausschuss habe aber eine andere Empfehlung abgegeben. Entweder sollten nur Fachleute in derartigen Gremien sein, oder alle politischen Gruppierungen vertreten sein.

StR Kolesch geht auf den Planungswunsch ein und meint, es sei wichtig, das richtige Maß zwischen Gestaltung, städtebaulicher Qualität und den Möglichkeiten für die Bürger zu finden. Den Bauausschuss im Vorfeld einzubinden sei immer Usus gewesen. Das Gremium dürfe nicht zu groß sein, sollte aber den politischen Willen abbilden. Sieben Mitglieder seien richtig. Durch den Verzicht der CDU-Fraktion auf einen Sitz und die Aufnahme der Freien Wähler erreiche man eine relativ breite Verteilung. Eine politische Entscheidung finde ohnehin nicht statt. Er bittet um regelmäßige Informationen des Bauausschusses.

StR Dr. Nuding meint, man dürfe das Gremium nicht überbewerten. Es solle nur die Verwaltung durch Fachleute unterstützen. Wenn trotzdem politische Teilnehmer gewollt seien, müssten alle beteiligt werden. Seines Erachtens sollten in diesem Stadium nur Fachleute teilnehmen. Die Entscheidung falle danach in den Gremien. Ästhetik könne am Besten von denjenigen beurteilt werden, die sich täglich mit der Thematik beschäftigten. Dem werde der Verwaltungsvorschlag gerecht.

StR Dr. Compter meint, Biberach gehe es gut und man habe das Glück, in einer Wachstumsregion zu leben. Dafür müsse man ein entsprechendes Ambiente bieten. Man habe unterschiedlich strenge Vorgaben in den einzelnen Gebieten. Er hält es für sinnvoll, frühzeitig die Entscheidungsträger einzubinden, zumal man sich auch zutraue, über Ästhetik entscheiden zu können. Die Freien Wähler stimmten der Beschlussempfehlung des Bauausschusses zu.

StR Weber meint, in den bisherigen Baugebieten habe man sehr liberale Festsetzungen. Im Talfeld seien strengere Vorschriften zum sparsamen Flächenverbrauch erforderlich, auch im Bereich „C“. Auch da es sich um relativ kleine Bauplätze handle, sei eine gewisse Ordnung einzuhalten. Wichtig sei, dass hierüber Fachleute entschieden und dass auch Professor Dr. Koenigsdorff von Anfang an beteiligt werde, damit ein ganzheitliches Energiekonzept gelinge. Wenn jedoch die Politik beteiligt werden solle, sollten auch die Grünen vertreten sein. Er **beantragt**, auch den Grünen einen Vertreter zuzubilligen.

StR Braig lässt wissen, im Kreistag sei bei derartigen Entscheidungen die Politik vertreten, allerdings nicht nach d'Hondt, was der richtige Weg sei, da es nicht darum gehe, Politik zu machen, sondern Sachverstand einzubringen. Es gehe auch um die politische Partizipation versus Verwaltung, daher sollte der Bauausschuss eingeschaltet werden oder von jeder Gruppierung ein Vertreter entsandt werden. Er macht darauf aufmerksam, dass die Beschlussempfehlung des Bauausschusses nicht einstimmig gewesen sei.

StR Funk moniert eine permanente Diskriminierung der FDP bei derartigen Gremien, in denen nicht alle Gruppierungen vertreten seien. Daher würden bestimmte Wähler ausgeschlossen.

StR Zügel hält Polemik für unangebracht und gibt zu verstehen, dass es sich beim Projektbeirat um kein politisches Gremium handle.

Der **Antrag der Grünen** wird mit 12 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen (OB Fettback, StRin Buttschardt) **abgelehnt**.

Anschließend fasst der Gemeinderat bei 7 Nein-Stimmen (OB Fettback, StRe Braig, Brunner, Funk, Gehring, Späh, Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Für das neue Wohngebiet „Talfeld“ wird ein Projektbeirat gem. Ziff. 2 der Drucksache Nr. 122/2007 installiert. Folgende Zusammensetzung ist vorgesehen:**

4 Fachgutachter: **Herr Prof. Bäuerle, Konstanz (Thema: Architektur)**
 N.N. Architekt
 Herr Ogertschnig, Baubürgermeister
 Herr Kuhlmann, Stadtplanungsamtsleiter

Gemeinderäte: **N.N. CDU-Mitglied**
 N.N. SPD-Mitglied
 N.N. UB-Mitglied

Sachverständige Berater
(ohne Stimmrecht): **Herr Prof. Dr. Ing. Koenigsdorff (Thema: Umwelt/Energie)**
 N.N. Vertreter einer Wohnungsbaugesellschaft (Wohnungsmarkt)

Es erfolgt eine regelmäßige Information über die Ergebnisse im Bauausschuss.

- 2. Der Durchführung einer Architekturmesse 2007 im Sinne von Ziff. 3 der Drucksache Nr. 122/2007 wird zugestimmt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 115/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 02.07.07.

Herr Walz erläutert den Sachverhalt, mit dem eine grundlegende Wende weg von der Fremdreinigung zurück zur Eigenreinigung eingeleitet werden. Es ergäben sich positive Möglichkeiten durch den neuen TVöD und man könne Umsatzsteuernachteile der Fremdreinigung vermeiden. Der Vorschlag komme jetzt, da im Rahmen von IZBB neue Flächen hinzukämen. Nicht dazu gehöre jedoch die Mensa, da hier ein Vorsteuerabzug möglich sei.

StR Hagel lässt wissen, die Mehrheit der CDU-Fraktion sei für den Verwaltungsvorschlag. An seiner Schule praktiziere man seit langer Zeit mit guter Erfahrung die Eigenreinigung. Das Argument des Verlusts von Arbeitsplätzen sei nicht akzeptabel, da nur ein Arbeitgeberwechsel erfolge.

StRin Kübler erinnert daran, dass der Zufriedenheitsgrad mit der Fremdreinigung vor allem an Schulen und in Sporthallen immer wieder zu Diskussionen geführt habe. Überdies habe die Stadt eine soziale Verpflichtung, auch niederschwellig Arbeitsplätze anzubieten. Die Hausmeistervergütung und das Tätigkeitsprofil müsse man im Vorfeld unter Einbeziehung des Personalrats klären.

StR Zügel bezeichnet es als Kardinalsfehler, Niedriglohnarbeitsplätze wegzurationalisieren, weshalb es richtig sei, dies nun zu korrigieren. Sehe man die Kommune als Unternehmen, so sei festzustellen, dass jedes Unternehmen anders handle. Die Freien Wähler seien mehrheitlich der Auffassung, es mit der Eigenreinigung zu versuchen, die jedoch Konsequenzen haben werde, die in der Vorlage unzureichend behandelt seien. So dürfe man nicht bei einzelnen Flächen stehen bleiben, sondern benötige einen flexibel einsetzbaren Mitarbeiterpool, um Krankheits- und Urlaubsfälle und ähnliches abzudecken. Der Gerätepool müsse gewartet werden. Man müsse sich daher im Klaren darüber sein, dass eine eigene Abteilung aufgebaut werde, die so geführt werden müsse, dass sie eine Rendite erziele, was die Verwaltung spätestens in zwei Jahren nachzuweisen habe.

StR Späh lässt wissen, die Eigenreinigung sei schon lange ein wichtiges Ziel und deren Aufgabe vor Jahren habe man bedauert. Man gehe von einer positiven Entwicklung aus. Bei Veränderungen bei den Hausmeistern müsse man überlegen, wie dies am optimalsten geregelt werden könne. Er bittet mitzuteilen, was in der Stadt Ulm und beim Landkreis Biberach zur Entscheidung Eigenreinigung geführt habe.

StR Funk sieht eine Grundsatzentscheidung und befürchtet, dass zu den genannten Preisen angesichts einer Vollbeschäftigung das Personal nicht zu bekommen sei.

StR Abele spricht für die Gegner in der CDU-Fraktion, die es nicht für wirtschaftlich hielten, auf Eigenreinigung umzustellen, da von der Verwaltung manches nicht berücksichtigt worden sei. Als Beispiel nennt er die Organisation des Personaleinsatzes bei Ausfallzeiten, Mutterschutz und ähnlichem. Der tatsächliche Aufwand werde also sicher höher sein. Man müsse flexibel einsetzbares

Personal vorhalten, was bei privaten Anbietern gegeben sei. Auch erziele man nicht grundsätzlich mit eigenem Personal ein besseres Ergebnis. Man entziehe mit dieser Entscheidung Unternehmen die Arbeitsgrundlage und dadurch seien eventuell weitere Arbeitsplätze gefährdet. Unternehmen zahlten jedoch Gewerbe- und Umsatzsteuer, was auch bedacht werden müsse. Die Verlagerung niederschwelliger Arbeitsplätze zur Stadt sei fraglich. Sie würden in den Freien Wirtschaft benötigt. Es sei ein massiver Stellenaufbau zu erwarten, was einer schlanken, effizienten Verwaltung widerspreche. Daher solle man es bei der Fremdreinigung belassen und überlegen, wie die Arbeitsqualität in den Griff zu bekommen sei.

StR Keil meint, an den Schulen habe sich die Eigenreinigung bewährt, die flexibel eingesetzt werden könne. Seines Erachtens werde keine Grundsatzentscheidung, sondern eine Entscheidung für ein konkretes Gebäude gefasst.

StR Kolesch gibt zu bedenken, bei gut organisierten Reinigungsfirmen sei es auch so, dass feste Mitarbeiter für einzelne Gebäude zuständig seien. Natürlich müssten Ausfallzeiten überbrückt werden. Private Anbieter benötigten einen gewissen Grundstock an Aufträgen. Wenn langfristig ein wirtschaftlicher Betrieb gewollt sei, müsse die Stadt ein Interesse daran haben, den Bereich auszubauen. Dies bedeute einen Durchmarsch zu flächendeckender Eigenreinigung, die nicht immer optimal arbeite und man entziehe sich einen Teil der Steuerbasis.

StR Pfender **beantragt Ende der Debatte**, da alle Argumente gehört seien. Der **Antrag** wird mehrheitlich **angenommen**.

OB Fettback stellt abschließend fest, Erfahrungen anderer Städte kenne er nicht, da man davon ausgehe, dass zumindest keine höheren Ausgaben bei besserer Arbeitsqualität erzielt würden. Dies sei auch die Meinung des Städtetags.

Herr Walz lässt wissen, Grund für Eigenreinigungen seien bei anderen kommunalen Trägern überwiegend wirtschaftliche Gesichtspunkte gewesen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 5 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen (StRe Aßfalg, Handtmann) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1.1. Der Gemeinderat stimmt dem Aufbau einer wirtschaftlichen Gebäudereinigung mit eigenem Personal zu.**
- 1.2. Neubauf Flächen des Pestalozzi-Gymnasiums bzw. des Wielandgymnasiums werden bei Nachweis der Wirtschaftlichkeit durch eigene Reinigungskräfte gereinigt. Für den Neubau WG-Klassentrakt erfolgt die Besetzung im Vorgriff auf den Stellenplan 2008 mit bis zu 0,5 Stellen zum 01.09.2007.**
- 1.3. Sind im Zuge der „Organisationsuntersuchung Hausmeister“ Reinigungsflächen neu zu vergeben bzw. zu besetzen, werden bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit eigene Kräfte eingesetzt.**
- 1.4. Die Verwaltung wird beauftragt bis zur Entscheidung des Stellenplans 2009 über die Entwicklung zu unterrichten.**

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlagen 1 und 2** beigefügten Drucksachen Nrn. 126/2007 und 126/2007-1 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die in den Anlagen der Drucksachen Nrn. 126/2007 und 126/2007-1 aufgeführten Spenden werden angenommen.

TOP 15.1 Bekanntgaben: Umweltförderprogramm

OB Fettback lässt wissen, die Mittel für Wärmeförderung aus dem Umweltförderprogramm seien für 2007 bereits sämtlich bewirtschaftet.

TOP 15.2 Bekanntgaben: Termine

OB Fettback nennt die für den Gemeinderat relevanten Termine im Rahmen des Schützenfestes und bittet, auch an den Gottesdienst an Bauernschützen zu denken, der diesmal unter Beteiligung des Bailiffs of Guernsey stattfindet.

TOP 16.1 Verschiedenes: Wieland und Jugend

StR Hagel berichtet von einem Lehrgang einer Klasse seiner Schule, die einen Flyer zu Wieland gestaltet und aufgelegt habe. Das Ergebnis könne sich sehen lassen. Die Schüler seien bereit, Führungen mit anderen Schülern durchzuführen.

TOP 16.2 Verschiedenes: Bauvorhaben Pfluggasse

StR Pfender bringt vor, die Anwohner der Bachgasse seien besorgt über ein anstehendes Bauvorhaben zwischen Pfluggasse und Bachgasse bei der Firma Keinath. Er erkundigt sich nach diesem Bauvorhaben und fragt ob es richtig sei, dass es mehrere Meter höher werden solle als der Bestand.

BM Ogertschnig lässt wissen, die Versicherung in der Pfluggasse plane ein Bauvorhaben mit Zufahrt von der Bachgasse. Es passe städtebaulich von der Gebäudedimension. Noch offen sei die Zufahrt von der Bachgasse. Man wolle den Bauherrn verpflichten, die Tiefgaragenzufahrt zu überbauen, was dieser erst umsetzen wolle, wenn er weitere Gebäude erworben habe. Der Bestand könne nicht Maßstab für das Gebäude sein, da in der Pfluggasse wesentlich höhere Gebäude existierten.

StRin Vollmer lässt wissen, sie habe sich die Situation vor Ort von der Pflugmälze aus angesehen und festgestellt, dass nicht einmal das Dekanatsgebäude höher sei.

TOP 16.3 Verschiedenes: Ampelschaltungen Memminger Straße und Ulmer Straße

StR Pfender bringt vor, man habe vor einigen Wochen im Bauausschuss über die Ampelschaltungen in der Memminger Straße und Ulmer Straße diskutiert. Seither habe sich nichts verändert, obwohl eine zeitnahe Reaktion zugesagt worden sei. Er fordert, der Firma eine Frist zu setzen.

OB Fettback meint, seines Erachtens funktioniere es, man werde den Sachverhalt aber prüfen.

BM Ogertschnig wird nachfragen, was geändert wurde und **sagt** einen Bericht im Bauausschuss **zu**.

TOP 16.4 Verschiedenes: Gaststätte in der Pflugmälze

StRin Vollmer bringt vor, es werde von Belästigungen aus der Gaststätte in der Pflugmälze berichtet. Offensichtlich dürften nicht alle das Lokal besuchen und machten dann vor dem Lokal Krach.

OB Fettback bittet, den Sachverhalt in eine Schnellanfrage zu fassen.

TOP 16.5 Verschiedenes: Waldorf

StR Dullenkopf lässt wissen, man habe in der Fraktion über Waldorf diskutiert und es habe einige Fragen und Anregungen gegeben. Man habe dies nicht im Rahmen des Kindergartenberichts angesprochen, da es auch im Hauptausschuss nicht thematisiert worden sei. Man bitte die Verwaltung, die Situation von Waldorf-Kindergarten und –Schule darzulegen. Sicher wüssten wenige Gemeinderäte Bescheid, warum Waldorf nicht im Bedarfsplan enthalten sei.

StR Späh bringt vor, er wisse von einer höchsttrichterlichen Entscheidung im Rechtsstreit um eine Waldorf-Schule mit dem Landkreis. Er fragt, ob dies Auswirkungen auf die Stadt habe und bittet hierzu um Stellungnahme. Ansonsten werde man einen entsprechenden Antrag formulieren.

OB Fettback **sagt zu**, der Bitte stattzugeben und zu berichten.

EBM Wersch kündigt eine schriftliche Information an den Hauptausschuss an.

Gemeinderat, 12.07.2007, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Dullenkopf
Stadträtin:	Buttschardt
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Ogertschnig